

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069A, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Insetts für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 145.

Dienstag, den 25. Juni 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die

## Schlimmsten Feinde des Volkes

die verschämten und unverschämten Zuträger der politischen Entrechteter wie der wirtschaftlichen Ausbeuter sind gewisse bürgerliche Zeitungen.

### Die letzten Reichstagswahlen

Haben nur zu deutlich gezeigt, welche Dienste die bürgerliche Geschäftspresse den verbündeten Reaktionen geleistet hat, mit welchen niederträchtigen Mitteln die öffentliche Meinung bearbeitet und irreführt wird. Nur zu deutlich hat es sich offenbart, daß die systematische Beeinflussung politisch unersahrener Massen nur bekämpft werden kann durch die größere Verbreitung der Arbeiterpresse.

Frei und unerschrocken tritt die Arbeiterpresse für die Rechte des werktätigen Volkes in Stadt und Land ein; sie kennt nicht — wie die bürgerliche Presse — Rücksichtnahme auf gewisse hohe oder höchste Personen.

Die Arbeiterpresse — und als solche kommt für unser Gebiet nur der

## „Lübecker Volksbote“

in Frage — ist die einzige Vertreterin der Interessen des schaffenden Volkes.

Deshalb fort mit der bürgerlichen Presse, einerlei, ob sie sich unter einer bestimmten politischen Flagge oder als „unparteiliche“ Zeitungen einzuschmuggeln sucht, aus den Wohnungen der werktätigen Bevölkerung.

In jedes Arbeiterheim in Stadt und Land gehört der

### „Lübecker Volksbote“.

Derjelbe erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage in einem Mindestumfang von 8 Seiten. Allwöchentlich wird eine Unterhaltungsbeilage, sowie die illustrierte „Neue Welt“ beigelegt. Der Abonnementspreis beträgt 2 Mark pro Quartal oder 70 Pfennig monatlich.

Wer sich also eingehend informieren will über die täglichen Vorkommnisse auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und lokalem Gebiete, der werde Abonnent des

## „Lübecker Volksbote“.

### Person und Nation.

Ein Haufen von Menschen, der in einem staatlichen Verbands innerhalb derselben buntenfarbigen Grenzpfähle haust, der in einem unüberschaubaren System verwickelter Abhängigkeit sich wirtschaftlich und politisch ausbeuten läßt, willenlos, unklar, unlebendig — ist niemals eine Nation. Ein solches Land stellt einen erweiterten Gutsbezirk, einen Hof mit einem ungeheuren Millionengefinde dar, aber kein Volk. Nur in dem Staatswesen lebt eine Nation, in dem jeder Einzelne mit gleichen Rechten an dem Schicksal der Gesamtheit arbeitet und es zu seinem Teile beeinflusst. Es gibt keine Nation außerhalb der Demokratie.

Die Klassenkämpfe haben in Deutschland eine wahrhaft mythologische Form angenommen. Uralter Götterglaube verwirrt die Auseinandersetzung der wirtschaftlichen Gegensätze in ihrer geschichtlichen Notwendigkeit. Nicht die Nation ringt selbständig, sondern im Grunde diktiert immer noch eine Person die Regeln und Formen der wirtschaftlich-politischen Klassenkämpfe.

So wird die deutsche Politik zu einem öden, unsauberen Familiendrama. Es spielt sich außerhalb der Öffentlichkeit ab, seine Fäden werden im Dunkeln gesponnen, seine Träger sind abgesperrt von der Masse der Nation, und durch die Luft und schalldichten Mauern der höchsten Welt bringen nur die flüchtigen Gase des Gestanks in die Öffentlichkeit.

Wir geben an anderer Stelle neue Mitteilungen Hardens über den Berliner Hoffskandal. Gerade die Art, in der dieser Schriftsteller die Angelegenheit behandelt, beweist, daß wir noch nicht an der Schwelle eines wirklich politischen Lebens Deutschlands stehen. Herr Harden will nicht Ideen, Programme, Zielgedanken durchführen, er sorgt sich vielmehr nur um die zufälligen persönlichen Eigenschaften der Ratgeber des Hofes. Würden Leute das Ohr

der Majestät haben, die minder entartet — körperlich und geistig — wären als die Liebenberger, Herr Harden hätte nichts auszusagen. Nun ist es überdies immer das Unglück der Könige, daß sie just immer den schlechtesten Ratgebern ins Garn gehen müssen. Denn die Ratgeber dürfen ja den Füllsten nicht überlegen sein!

Bei einer solchen Auffassung wird unwillkürlich selbst der edle Beruf des öffentlichen Richter- und Lehramts, den die Presse darstellen sollte, zu einer Form des Kamarilla- und Kliquenwesens. Die verdrehte Anbeutung, die verhäßte Information, die nur ein ganz klein wenig sich preisgebende Kenntnis intimer Vorgänge, der Menschen und der Dinge — diese Manier und Methode machen auch die Publizistik nur zu einer anderen Form der Kamarilla. Auch sie betätigt sich nicht mehr in freier reiner Öffentlichkeit, und die hohe Warte des Kampfes und Gedankens wird auch wieder nur das Vorzimmer des Klatsches. Durch die verborgene und verhehlte Wissenschaft des Eingeweihten verliert solche Schriftstellerei den gesunden Charakter des öffentlichen Kampfes überhaupt, ihr Instrument wird ein täglich, wöchentlich oder monatlich dröhnendes Vereinsorgan von „Freunden“.

In der Tat hat gerade Herr Harden in den letzten Jahren zweifellos Kamarilladienste geleistet, und zwar nicht für, aber gegen die Liebenberger. Er hat seine Feder in den Dienst einer geheimen Kriegspartei gestellt, die schon während der Marokko-Affäre loszuschlagen wollte. Nicht als Führer einer Partei, die in aller Öffentlichkeit bestimmte politische Ziele erstrebt, auch nicht als völlig unabhängiger Pamphletist, der seine Ideen oder auch Schrullen durchzusetzen bemüht ist, sondern wieder nur als Werkzeug einer geheimen Klique ist er seit Jahren bemüht, einen internationalen Weltbrand zu entzünden.

Es kann nicht anders sein, so lange eine einzige Person schließlich den Ausschlag in den Lebensfragen des Volkes gibt. Dies System vergiftet und zerfrisst das ganze Staatswesen, es löst die politische Arbeit einer Nation in ein wüstes Handgemenge persönlichen Einflusses auf.

Eine Kamarilla wird nicht durch eine neue Kamarilla geheilt. Ein schlechter Ratgeber wird nicht durch einen guten geheilt. Erst wenn die Person und die Personen ausgeschaltet sind, wenn die Gesamtheit aller Staatsbürger die Politik des Landes leitet, durch Parlament und das demokratische Wahlrecht, erst dann ist eine Nation möglich und eine Kamarilla unmöglich.

Gerade die heutigen Zeiten sind ernst genug, um endlich Deutschland an seine politische Pflicht zur Demokratie und zum Parlamentarismus zu erinnern. Gelingt es den deutschen Bürgern nicht, noch in diesem Geiste zu einer lebendigen tatkraftigen Nation zu werden, so wird die Isolierung Deutschlands, die nur ein Ausdruck der politischen Rückständigkeit Deutschlands ist, einmal zu einem furchtbaren Zusammenbruch führen.

### Das neue Wahlgesetz des Zaren.

Der Aktionsausschuß des Verbandes des russischen Adels und die Hofkamarilla haben endlich ihr Ziel erreicht: nach Vollbringung des lange herbeigesehnten Staatsstreiches haben sie das bisherige Wahlrecht abgeschafft und ein neues oktroyiert. Außer Stande, auf dem Boden der Konstitution und des Rechts gegen die Forderungen des Volkes anzukämpfen, haben sie einen weiteren Schritt gemacht, um die kümmerlichen politischen Rechte des Volkes mit Gewalt niederzuknüppeln. Noch nie ist die Klassengrundlage der russischen Regierung so unverhüllt zutage getreten, wie in dem neuen Wahlgesetz; noch nie hat die Regierung sich in unverhülltem Zynismus so sehr mit den „130000“ russischen Gutsbesitzern identifiziert, wie in seinen jüngsten Erlassen und „Gelehen“. Die Wahlgesetze vom 19. August und 18. Dezbr. 1905 hatten bei all ihrem ständischen und Klassencharakter einen Vorzug: das ihnen zu grunde liegende Prinzip war in allen Gouvernements bis zu einem gewissen Grade gleichmäßig zur Anwendung gebracht. Im Wahlgesetz vom 16. Juni jedoch mußten wir vergeblich nach einem grundlegenden Prinzip suchen. Es ist voll und ganz aufgebaut auf der Zuganwendung der Praxis der beiden stattgefundenen Dumawahlen in dem Sinne, daß es — in jedem einzelnen Gouvernement besonders — sorgfältig alles ausschaltet, was die Wahlen „ungünstig“ beeinflussen könnte und eifrig bestrebt ist, eine Grundbesitzermajorität überall zu schaffen. Die Zahl der Wahlmänner in jedem Gouvernement ist nicht auf Grund irgend eines Prinzips festgestellt, sondern einzig und allein auf Grund jenes konkreten Materials, das von den beiden, für die Regierung so ungünstig verlaufenen Wahlen geliefert worden ist. Der neue Wahlmodus verleiht den Agrariern nicht nur das Recht, von jedem Gouvernement je einen besonderen Abgeordneten zu entsenden, sondern räumt ihnen auch die Möglichkeit ein — da sie im Besitz der Majorität in der Gouvernementswahl-

männer-Versammlung sind — die Abgeordneten der anderen Kurien (Arbeiter, Bauern, städtische Einwohner) selbst zu bestimmen. Zur Illustration jenes Einflusses, der jetzt den Agrariern eingeräumt ist, genügt es, die Zahl der künftigen Wahlmänner jeder Klasse anzuführen. Nach dem alten Wahlgesetz gehörten von 6164 Gouvernementswahlmännern (in 53 Gouvernements) 2654 oder 43 Proz. zu den Bauern. Nach dem neuen Wahlgesetz gehören zu den 5252 (die Zahl der Wahlmänner ist jetzt herabgesetzt) Wahlmännern bloß 1160 oder 22 Prozent zu den Bauern. Mit anderen Worten; die Vertretung der Bauernschaft ist nach dem neuen Gesetz relativ wie absolut auf die Hälfte herabgesetzt. Dagegen ist die Vertretung der Agrarier auf den Gouvernementsversammlungen außerordentlich gestiegen: nach dem alten Wahlgesetz betrug die Zahl ihrer Wahlmänner 31,0 Prozent aller Gouvernementswahlmänner; nach dem neuen beträgt sie — 50,4 Prozent!

Die städtischen Wähler sind jetzt in zwei Klassen geteilt, wobei die großen Hausbesitzer und Unternehmer ebensoviel Wahlmänner wählen, wie die Masse des städtischen Kleinbürgertums. Besonders stark ist das Wahlrecht der Arbeiter beschnitten. In den direkten Wahlen in den Hauptstädten und 5 anderen Städten nehmen sie keinen Anteil, während die Gesamtzahl ihrer Wahlmänner von 228 auf 112 herabgesetzt ist.

Doch alle diese Einschränkungen erschöpfen nicht den reichen Inhalt des neuen Wahlgesetzes: ein Teil der Grenzländer (Zentral-Asien und Ost-Sibirien) ist gänzlich aus der Volksvertretung ausgeschaltet, in einem anderen Teile ist die Zahl der Abgeordneten auf ein Minimum reduziert (Polen und Kaukasus). Während Zentral-Asien und Kaukasien dafür „büßen“ müssen, daß sie zum größten Teil Sozialdemokraten entsandt haben, muß Polen dazu herhalten, die künftige „Volksvertretung“ in eine — „russische“ zu verwandeln. Schwerlich aber ist zu erwarten, daß dies zur Beruhigung der Polen, wie zur Schwächung der Sozialdemokratie beitragen wird.

Die Parteizusammensetzung der dritten Duma ist heute — wenn auch nur annähernd — schwer vorauszubestimmen. Es kann bloß das Eine mit Bestimmtheit vorausgesetzt werden, daß eine Duma, die auf Grund des geschälberten Wahlgesetzes zusammentritt, jedes moralischen Ansehens bar sein wird und schwerlich dazu beitragen wird, das Land im Sinne der Regierung zu „beruhigen“.

### Politische Rundschau.

Deutschland.

„Kultur und Freiheit!“ Der brutalen Abschlebung der österreichischen Frau Straffer und ihres kranken Kindes ist rasch ein zweiter Fall gefolgt, der sicher dazu dienen wird, die Sympathien der österreichischen Völker für den deutschen Dreibundsgenossen zu befestigen. In der Wohnung eines in Berlin lebenden mit einer Deutschen verheirateten österreichischen Staatsbürgers, des Emailmalers W., erschien vor einigen Wochen ein ungenannter Gentleman, der sich für einen Abgesandten des „Vorwärts“ ausgab und der Frau allerhand Auskünfte über ihren Mann zu entlocken versuchte. Derselbe Herr begab sich dann zu dem Hauswirt des W., den er gleichfalls um Auskunft ersuchte, wobei er W. verleumderisch beleidigte. (Er sei wohl ein Trinker, prügele seine Frau usw.; wovon kein Wort wahr ist.) Das Ergebnis war, daß W. aus Preußen ausgewiesen wurde. Sein Verbrechen besteht darin, daß er organisiert ist. — So behandelt die preussische Polizei den „einzigen Freund“ des Deutschen Reiches, Österreich und seine Bürger.

Die Eisenbahntariffreform. Von dem Tage an, da die berühmte „Reform“ eingeführt worden ist, sah jedermann ein, daß der unverbesserliche preussische Fiskus wieder einmal eine gehörige Schröpfung des Publikums durchgesetzt hatte. Weder zu der Reform noch zu der Fahrkartensteuer will sich heute jemand als Urheber bezeichnen. Die Fahrkartensteuer wird von ihren eigenen Vätern — es sind die Nationalliberalen — verleugnet, und von der Personentariffreform, zu deren Gunsten man sich auf den Beschluß des Abgeordnetenhauses beruft, daß eine „wesentliche finanzielle Einbuße“ vermieden werden solle, von dieser komplizierten „Vereinfachung“ der Personentarife sind, wie es scheint, jetzt alle Parteien dieses selben Abgeordnetenhauses gleichermaßen unbefriedigt. Selbst die konservative „Kreuz-Ztg.“ gibt ohne ein Wort des Vorbehalts einem Eisenbahnsachmann das Wort, der im Interesse des Publikums und des Fiskus selbst eine Reihe zum Teil recht weitgehender Forderungen aufstellt. Die wichtigsten Forderungen lauten:

1. Die Fahrkartensteuer, die den Verkehr hemmt und indirekt zu einem Einnahmeausfall führt, ist wieder aufzuheben. Ist dies beim Reich nicht

durchzuführen, so sind die Fahrpreise entsprechend zu ermäßigen.

2. Für Gepäck bis zu 25 Kilogramm ist die Gebührefreiheit wieder einzuführen.

3. Als Regel ist aufzustellen, daß für alle Züge, also auch für Schnellzüge, derselbe Einheitsfag gilt und nur ausnahmsweise für einzelne, dem internationalen Verkehr dienende Schnellzüge ein Schnellzugszuschlag erhoben wird, daß weiter die Möglichkeit, Schnellzüge ohne Schnellzugszuschlag zu benutzen, nicht eine geringere sein darf, als sie es vor dem 1. Mai 1907 war.

4. Beim Übergang in eine höhere Klasse darf der Zuschlag nicht höher sein als früher.

Fügt man hierzu noch die Beseitigung der Bestimmung, wonach für Gepäck über 200 Kilogramm die doppelten Frachtsätze erhoben werden, so hat man in der Tat die wichtigsten Forderungen beisammen, deren unverzügliche Erfüllung verlangt werden kann.

**Neuer Harden-Spektakel!** Der Vaterlandsbefreier Harden plaudert zur Rettung Deutschlands die Schlafzimmersgeheimnisse der Edelsten und Besten weiter aus:

„Ich vorigen Herbst sah das Argernis kaum mehr aufzuhalten. Schon hatte es die Schloßherren der Adelsvilla am Helligten See gesprengt; wurden die Geschichten von Hannes und Willy in Kasinofischen erzählt: wußte mancher, daß einem Prinzen, einem General aus der Suite des Kaisers, einem Major nächstens die letzte Dienststunde schlagen müsse; zwei Hohenzollern und dem Schwager eines deutschen Bundesfürsten. Niemand wagte, dem Kaiser die Wahrheit zu sagen. Erpressergeschichten und Selbstmorde kamen hinzu. Immer neue vornehme Namen wurden genannt.“

Harden bestätigt also nochmals, daß der kaiserliche Hof eine Bruststätte homosexueller Verirrung und Verwilderung geworden war. Nur insoweit verändert er jetzt seinen Text, daß er Philii und seine Freunde als Liliien aus dem allgemeinen Schmutz hervorrufen läßt. Sie sitzen zwar auch an perversen Gefühlen, unterließen es jedoch, ihnen den bestimmten strafgesetzlich verbotenen Ausdruck zu verleihen. Das zu beteuern ist notwendig, weil das Ausland nicht glauben darf, Deutschland werde „von ehrlosen Kerlen“ regiert. Als ob die Geschichten, die Harden zu erzählen hat, Beweise für die Ehrlosigkeit bestimmter Personen wären und nicht für den sittlichen Niedergang einer ganzen Gesellschaftsklasse!

**Ultramontane „Jugendfürsorge“.** Der Katholikentag in Essen hat einen Beschluß gefaßt, der allenthalben die Gründung von Vereinen katholischer Jugendfreunde empfiehlt, deren Zweck sein soll, „innerhalb des katholischen Deutschland Interesse für das neue soziale Problem der Jugendfürsorge zu erwecken.“ Solche Vereine haben sich unterdessen in einer ganzen Anzahl von Städten gebildet, so in Köln, Krefeld, Elberfeld, Bamberg; in Bildung begriffen sind Vereine in Berlin, Essen und Honnef. Die Vereine sind zu einem Verband zusammengetreten, dem außerdem noch 110 Einzelmitglieder angehören. In Köln tagte jüngst der Verbandsausschuß, der als weitere Ziele der Vereine katholischer Jugendvereine bestimmte 1. eine umfassende Aufklärung in Sachen der Jugendfürsorge für alle Stände und Volksschichten, 2. eine entschiedene Stellungnahme zu den modernen Erziehungs- und Bildungsfragen. Der Verband gibt ein eigenes Organ heraus, das zunächst in zwangloser Reihenfolge erscheint; auch hat er bereits eine Anzahl Flugblätter für die schulentlassene Jugend verbreitet. Der Eifer der Klerikalen um die Jugend ist zurückzuführen auf die von sozialdemokratischer Seite unternommenen Bestrebungen zur Sammlung und Aufklärung der Jugend. Die christlichen Gewerkschaften, die klerikalen Jugendvereine, die ultramontanen Dienstbotenorganisationen — alles das ist ins Werk gesetzt, um der sozialistischen und klassenbewußten Arbeiterbewegung zur höheren Ehre des Zentrums entgegenzuwirken. Jetzt richtet man in klerikalem Lager das Auge auch auf die Arbeiter-Turnvereine. Der Münchener „Arbeiter“, das Blatt der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, weist hin auf die Erfolge und Bestrebungen des Arbeiter-Turnerbundes und meint dann:

„An uns liegt es deshalb nicht zuletzt, der Ausbreitung derartiger Turnvereine hemmend in den Weg zu treten. Solches darf aber nicht nur dadurch geschehen, daß wir gegen diese sozialistischen Turn-, Sing- und Radfahrervereine usw. mit Worten ankämpfen, wir müssen vielmehr dazu übergehen, in unseren Vereinen der Körperpflege das größtmögliche Augenmerk zu schenken und besonders der Jugend Gelegenheit zum Turnen zu geben. Soll ein gut Teil der Arbeiterschaft und der kommenden Generation nicht durch das „sozialistische Sportwesen“ mit falschen Ideen vollgeköpft werden, so müssen wir auf unserer Seite Opfer an Zeit und Geld für diese Sache bringen.“

Wenn wir demnach von der Gründung ultramontaner Arbeiterturnvereine hören, so wissen wir, daß auch hier wieder die Sozialdemokratie als die Unregerin anzusehen ist.

**Einen sehr kriegerisch angehauchten Aufsatz** über den neuen englisch-französisch-spanischen Vertrag veröffentlicht unter der Marke „Ohne Deutschland“ die manchmal offiziös bediente „Köln. Ztg.“ Folgende Sätze seien daraus hervorgehoben:

„Es gehörte keine Divinationsgabe dazu, um vorauszuweisen, daß die Vergnügensreisen des Königs von England eine gute politische Kapitalanlage sein würde. Sie fängt denn auch schon an, reichlich Zinsen zu tragen. Das wird durch die Meldung vom Abschluß des neuen Dreibundes England-Spanien-Frankreich für jedermann demlich in Schwelte gerückt. Die große Bedeutung dieses Ereignisses verkennen, wäre kurzzeitig sie bemängeln oder auch nur verschleiern zu wollen unaufrechtig. Beides könnte unserem Ansehen in der Welt nur Abbruch tun. Der Inhalt der Verträge ist noch unbekannt. Einige französische Blätter behaupten, sie lägen ein regelrechtes, für alle Fälle gültiges Bündnis vor, andere wollen als Zweck und Ziel der Abmachung die völlige Ausschließung Deutschlands aus Marokko erblicken, und noch andere stellen sogar in Aussicht, die Entente werde sich so steigern, daß Spanien den befreundeten Mächten ein Besetzungsgewalt seiner Häfen eintäumen würde. Wie viel davon richtig ist, wissen wir nicht. Jedenfalls sind solche Äußerungen geeignet, Mißtrauen zu erregen; sie entsprechen daher durchaus nicht dem Friedens-

bedürfnis, das die Regierungen der Vertragschließenden Staaten als Beweggrund ihres Handels ausgehen.“

Am Schlusse aber heißt es drohend:

„Es ist zwar Mode geworden — und nicht nur draußen in der Welt — die Erwähnung des alten Dreibundes mit einem verständnisvollen Achselzucken zu begleiten; wer aber auf seinen Ursprung und seine Geschichte zurückblickt, wird erkennen, daß ihre eigenen Interessen heute die drei Mächte so fest wie je aneinanderketten. Ein mächtiges deutsches Reich ist und bleibt für Österreich-Ungarn wie für Italien die sicherste Gewähr des eigenen unbehinderten Bestandes und Gedeihens; käme es zum Außersten, so würden ihre Interessen sie an die Seite Deutschlands zwingen, auch wenn sie sich durch die Verträge nicht mehr gebunden fühlen sollten. Preußen ist es nicht vergönnt gewesen, auf glatter Bahn zur Größe vorzudringen, es ist in alle seine Kriege unter Auspizien ausgezogen, die der Außenwelt fast verzweifelt erscheinen mußten. Auch diese Erinnerung, meinen wir, sollte uns in dem Bewußtsein bestärken, daß wir der Zukunft des Reiches mit aller Ruhe entgegensehen können. Wer es ohne Deutschland versuchen möchte, dem werden die Tatsachen zu beweisen haben, daß wir noch da sind, und wer es unternehmen sollte, diesen Versuch ohne Deutschland, der uns vorläufig nicht ansticht, zu einem Vorgehen gegen Deutschland zu verdrängen, wird, so vertrauen wir, mit dem Deutschen Reich dieselben Erfahrungen machen, die die Welt seinerzeit an dem Kleinen, nur auf seine eigene Kraft angewiesenen Preußen erleben mußte.“

Das ist reichlich kriegerisch und berührt besonders im Augenblicke der Haager Friedenskonferenz sehr eigen. Die deutsche Diplomatie bestätigt, daß sie sich von ihren Konkurrenten in den Nachbarstaaten hat besiegen lassen und jetzt ihre Hoffnung auf die Vergangenheit Preußens. Nüchtere Isolierung wird offen zugegeben, aber als nicht gerade verwerflich hingestellt. Die eigene Kraft soll uns retten: Das ist just der rechte Augenblick für Deutschlands Staatsmänner, sich zu fragen, was sie getan haben, um das Volk in Vertrauen und Liebe ans Reich zu fesseln und in ihm diejenige „Vaterlandsliebe“ zu erwecken, die in solchen Situationen die einzige Gewähr des Sieges ist? Die Antwort wird sehr bitter sein.

**Ein demokratischer Weltpolitiker.** Unter den Schwabendemokraten, die im Reichstag die äußerste bürgerliche Linke repräsentieren, ragt neuerdings besonders Herr Storz hervor. Er hat die Nassauerfahrt nach Afrika mitgemacht und sich alsdann für die Kolonialpolitik der „Kommandogewalt“ begeistert, was seine Gesinnungsgenossen so hinst, daß sie tapfer beim „Niederreiten“ derer halfen, die nicht unbesehen jeden Mann und jeden Groschen bewilligen wollten. Neuerdings nahm Herr Storz an der berühmten „Flotten-Informationstour“ nach Kiel teil und ist als Schwärmer für eine größere Flotte und für Weltpolitik zurückgekehrt. In der Münchener „Allg. Ztg.“ schreibt dieser in seiner Art konsequente „Demokrat“ über seine Eindrücke:

„Wir machen fest und sind zum Abschied noch Gäste des Prinzen, der einen lakonischen Toast anspricht mit den Worten: „Seiner Majestät der Kaiser und König.“ Das ist charakteristisch für den auf der Flotte herrschenden Ton. Den vorzüglichsten Eindruck von Offizieren und Mannschaften, den alle Geladenen, auch Herr Erzberger, empfangen haben, hätten auch sozialdemokratische Abgeordnete gehabt. (Sie haben aber die Reklamefahrt nicht mitgemacht! Red. des „Lüb. Volksb.“) Es handelte sich um die Information des Reichstages darüber, wie die von der Nation aufgewendeten Gelder angelegt werden. Über die Frage, ob eine intensive Vermehrung der Flotte geboten oder überflüssig ist, hatten wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. (Das besorgt die „Kommandogewalt“! Red. des „L. V.“) Die Entscheidung hierüber hängt ab von der Gestaltung unserer Beziehungen zu England und der Stellung der Vereinigten Staaten von Amerika zu den beiden germanischen Rivalen in Europa; sie hängt aber auch ab von der Finanzlage des Reiches, die zu Sorgen insbesondere in den Mittel- und Kleinststaaten allen Anlaß gibt. Der Wohlstand nimmt an der Wasserante rascher zu als im seefernen Süden, dessen Einzelstaaten durch ihre ruinöse Konkurrenzpolitik auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens die natürliche Ungunst ihrer Lage noch weiter verschlimmern und dadurch die Entwicklung zum Einheitsstaat beschleunigen. Die deutschen Volksstämme Schwaben, Bayern und Franken, dereinst jeder für sich überlegen den Niederdeutschen, den Sachsen, sind von diesen überholt, weil die moderne Verkehrstechnik mit ihren Eisenbahnen und Wasserstraßen am rationellsten arbeitet im Tiefland, weil das Verkehrszentrum von der Nordsee nach der Nordsee sich verückt hat, aber auch weil die größere Fähigkeit auf dem Gebiete des Erwerbslebens bei dem Niederdeutschen besteht. Ungebrochen ist der Geist der Sanftheit, der typischen Vertreter der Niederdeutschen.“

Fehlt nur, daß der wackere Schwabe die sofortige intensive Verpreßung Süddeutschlands als Hauptpunkt des demokratischen Programms empfiehlt.

### Frankreich.

**Die Winzerbewegung** scheint im Abflauen begriffen zu sein. Heute liegen folgende Meldungen vor:

Marcellin Albert hatte, wie aus Paris gemeldet wird, bevor er zu Clemenceau eingelassen wurde, diesem einen Brief überreichen lassen, in dem er den Ministerpräsidenten im Namen Gottes insändigst um die Freilassung seiner Gefährten bat und ihm ferner die Bitte unterbreitete, den Winzern hilfreiche Hand zu reichen, sowie die Truppen zurückzuziehen. Alles würde zum Heile der Republik wieder zur Ruhe zurückkehren. Über die Unterredung zwischen Clemenceau und Albert ist ferner bekannt, daß Albert befrichtigt, bei seinem Vorgehen einen politischen Hintergrund gehabt zu haben. Clemenceau gab ihm zur Antwort: „Sie haben eine erdrückende Verantwortung auf sich geladen. Das Blut, das vergossen ist, kommt auf Sie, nicht auf mich. Kehren Sie nach dem Süden zurück und machen Sie einen Teil des Unheils wieder gut. Veranlassen Sie Ihre Mitbürger, sich wieder auf den Boden der Gesetzmäßigkeit zu stellen.“ Albert versprach, das zu tun. In einer Unterredung mit einem Berichterstatter sagte der Ministerpräsident, er habe keine Anordnung gegeben, Albert zu übermachen, damit, wenn ein Unglück eintrete, er alles getan habe, um es zu vermeiden. An eine neue Verwicklung glaube er nicht. In Pariser politischen Kreisen glaubt man an den Erfolg des bevorstehenden Versöhnungsversuches. Man hält es für sicher, daß Albert, wenn er seinen Versuch durchgeführt hat, sich

den Behörden stellen wird. Clemenceau empfing den zurückgetretenen Unterstaatssekretär Sarraut, blieb aber gegenüber dessen Bitten, die verhafteten Mitglieder des Komitees der Winzer freizulassen, unerbittlich.

Dem „Petit Parisien“ wird aus Narbonne gemeldet: Dort verlautete gerüchsweise, daß der frühere Maire Ferroul unverzüglich in Freiheit gesetzt werden solle. Telegramme aus Narbonne und Montpellier melden, daß der Abend ruhig verlaufen sei. Beide Städte nehmen wieder ihr gewöhnliches Aussehen an.

Eine Depesche des „Echo de Paris“ besagt, daß 300 Soldaten des 17. Infanterieregiments in Agde, die darüber mißvergnügt waren, daß sie in ihrem Quartier konfigniert wurden, sich ohne Waffen nach Beziers und Umgegend begeben hätten. Sie hätten die Absicht geäußert, am Sonntag abend oder erst Montag zurückzukehren. — Hierzu wird weiter gemeldet: Es bestätigt sich, daß eine Anzahl Soldaten des 17. Infanterieregiments ohne Erlaubnis von Agde hierher kamen. Als sie um Mitternacht nach Agde zurückkehren wollten, wurden sie festgenommen. Während dieser Zeit gingen das 92. und 55. Infanterieregiment sowie die 15. Dragoner nach Agde und sorgten dafür, daß das 17. Infanterieregiment sicher in einen Zug gebracht wurde, dessen Bestimmungsort nicht bekannt war, man sagt Briancon. Alle Maßregeln seien getroffen, um die Soldaten des 17. Regiments am Entweichen und die Bevölkerung an der Intervention zu verhindern. Der Zug verließ Agde ohne Zwischenfall.

In einem Infanterieregiment der Garnison Avignon kam es zu Ausschreitungen. Der Oberst St. Saime kehrte von einer Studienreise nach Avignon zurück und wurde vor dem Kasernenhof von den Soldaten mit Pfeifen empfangen, während draußen Verwüstung gemacht wurden, das Tor zu sprengen.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 26. Juni.

**Achtung, Holzarbeiter!** Zuzug nach Wölln (Lauenburg) ist fernzuhalten.

**Travertine.** Es sperrt für Bauarbeiter ist das Geschäft von Söhmann.

**Parteilosen! Gewerkschaftler!** Aus allen Orten Deutschlands wird eine gewaltige Steigerung der Abonnementzahl der Arbeiterpresse gemeldet; auch wir können erfreulicherweise eine stetige Zunahme von Abonnenten konstatieren. Aber es gilt doch, noch bessere Resultate zu erzielen und den Kampf gegen die die Arbeiterschaft tagtäglich schmähende und verhöhrende bürgerliche Presse auf der ganzen Linie mit aller Macht aufzunehmen. Für uns gibt's nicht eher Ruh und Raß, als bis auch der letzte Wähler, der seine Stimme der Sozialdemokratie gegeben, und der letzte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die bürgerliche Presse hinausgeworfen hat und Abonnement des „Lübecker Volksboten“ geworden ist. Deshalb, Genossen! Auf zur Agitation für Guter Blatt!

**Die Bürgererschaft** hielt gestern eine Sitzung ab die von den erstklassigen Vertretern nicht gerade sehr zahlreich besucht war, und der die Zuhörerschaft fast gänzlich fehlte. Den breitesten Raum in der Beratung nahm die Senatsvorlage betr. den Verkauf von Areal in Schlutup an die Firma Paap u. Christ zum Zwecke der Errichtung einer chemischen Fabrik in Anspruch. Die Schlutupener Fischindustriellen haben sich auf das entschiedenste gegen den Senatsantrag ausgesprochen, der nach ihrer Ansicht den Ruin ihrer Industrie im Gefolge haben würde. Von anderer Seite wurden die geltend gemachten Bedenken als übertrieben bezeichnet. Obwohl die Bürgerchaftskommission, welcher die Senatsvorlage zur Vorprüfung überwiesen war, sich für die Mitgenehmigung ausgesprochen hatte, lehnte die Bürgerchaft schließlich den Antrag des Senates mit geringer Mehrheit ab.

Die übrigen Senatsanträge fanden ohne wesentliche Debatte Annahme, sodas die Tagesordnung bereits um halb zwei Uhr erledigt war.

**Über die alte schwedische Schuld an Lübeck** wurde vom Senatstisch in der gestrigen Bürgerchaftssitzung folgende Mitteilung gemacht: Für Verpflegung der schwedischen Truppen und für Lieferungen an die schwedische Armeeverwaltung sind in den Jahren 1818 und 1814 der Stadt Lübeck Forderungen erwachsen, die nach verschiedenen Abzahlungen durch Vergleich im Jahre 1815 schließlich auf 50 000 Gulden rheinisch festgestellt worden sind. Die Einziehung dieser Summe hat sich bis zum Jahre 1852 nicht ermöglichen lassen. Als in jenem Jahre ein Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Lübeck und Schweden zum Abschluß gelangte, ist vereinbart worden, daß Lübeck während der Dauer solchen Vertrages auf Geltendmachung seiner Forderung verzichte. Nachdem im vergangenen Jahre durch den Abschluß des Deutsch-Schwedischen Handelsvertrages der zwischen Lübeck und Schweden geschlossene Vertrag aufgehoben worden, hat der Senat die erforderlichen Schritte getan, um nunmehr die alte Angelegenheit endgültig zu ordnen. Die eingeleiteten Verhandlungen, bei denen sich Lübeck der Vermittlung und Unterstützung des Auswärtigen Amtes in dankenswerter Weise zu erfreuen gehabt hat, sind nunmehr dadurch beendet worden, daß die königliche Schwedische Regierung den vollen Kapitalbetrag der 50 000 Gulden gleich 85 718 Mk. bar an die Stadtkasse bezahlt hat. Die Bürgerchaft hat f. Zt. sowohl der vergleichsweisen Festsetzung der Forderung auf 50 000 fl. als dem zeitweiligen Verzicht auf ihre Geltendmachung zugestimmt. Eine Zinsforderung ist bis zum Jahre 1852 lübeckischerseits nicht geltend gemacht, auch in den Verhandlungen bei Abschluß des Schwedisch-Lübeckischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 14. September 1852 nicht vorbehalten worden. Indem der Senat der Bürgerchaft von der Erledigung der Sache Kenntnis gibt, teilt er zugleich mit, daß er, das Einverständnis der Bürgerchaft voraussetzend, das Finanzdepartement angewiesen hat, die eingezahlte Summe der Schuldentilgungskasse zuzuführen.

**Zur Schaffung einer Walderholungsstätte** verlautet, daß man bereits eine günstige gelegene Waldparzelle auf staatlichem Besitz in der Gegend von Lauen auserwählt hat, um dort mit der Errichtung der Erholungsstätte vorgehen zu können. Jene Waldgegend liegt in unmittelbarer Nähe der Lübeck-Schlutup Eisenbahn.

**Der Vortrags-Zyklus**, den die Arbeiter-Vereinschule arrangiert hat, nahm gestern abend im „Vereinshaus“ mit einem Referat des Genossen Dr. Schömer über Ferdinand Lassalle seinen Anfang. In etwa 1 stündigen Ausführungen gab der Referent ein interessantes Bild von dem Leben und Wirken



**Zentralverband der Zimmerer**  
u. verw. Berufsgeg. Deutschlands.  
(Zahlstelle Lübeck.)

**Nachruf.**

Am Sonntag, den 28. Juni, starb unser Mitglied

**Johs. Haaren.**

Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr von der Kapelle des allgemeinen Friedhofs aus statt. Abmarsch der Kollegen präzise 10 Uhr vormittags vom Vereinshaus, Johannisstr. 52. Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**  
(Zahlstelle Lübeck.)

Am 22. Juni entlich nach kurzer, schwerer Krankheit der Kollege

**Ernst Lehmkuhl**

im Alter von 45 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 26. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr von der Burgfortkapelle aus.  
Versammlung der Kollegen zur Teilnahme an der Bestattung 10 1/4 Uhr im Vereinshaus.  
Der Vorstand.

Ein Haus mit 2 Wohnungen à 3 Zimmer, Boden und Zubehör, sowie Hofplatz mit massivem Stall zu verkaufen.  
Näheres Lützowstraße 16.

Hauswandwäsche wird angenommen, Stück 6 Pfg. Angeb. unter L. B. 3.

**Abreisenden**

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. Fischergr. 52.

**Atelier für Zabutechnik  
und Zahnpflege.**  
H. Schreiber, Breitestr. 24



**Neue Sommerfang- und  
Matjes-Heringe**  
per Stück von 5 Pfg. an.  
Rote Rabattmarken.

**Fischhalle „Hansa“,**  
Fünfhäusen 33.

**Empfehlungs-Karten**

Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.



**Neue  
Matjesheringe**  
empfehlen

**H. H. Holtermann,**  
Fernruf 1836, Markttviertel 4.

**Ferienkolonien.**

Abreise der Kinder nach Travemünde am Mittwoch, den 26. Juni, mittags 1 Uhr 37 Minuten.

Der Vorstand.

Um armen, kränklichen Kindern, vor allem solchen, die wegen mangelnder Mittel bei der Ferienkolonie zurückgewiesen werden mussten, trotzdem sie nach ärztlichem Urteil der Erholung dringend bedürftig sind, einen Aufenthalt im Walde und den Genuss frischer Milch während der Sommerferien zu verschaffen, hat sich ein Ausschuss gebildet, der die seit 1899 schon bestehende Milchkolonie dem Bedürfnisse entsprechend in größerem Maße fortzuführen hofft.

Die Straßenbahn hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, nachmittags 2 Uhr an den Wochentagen des Julimonats (mit Ausnahme des Volksfestmontags) die Kinder vom Geißelplatz bis zur Forsthalde umsonst zu befördern. Dort angekommen, erhält jedes Kind 1/2 Liter Milch und 2 Semmeln. Dann wird unter fachmännischer Leitung und Aufsicht im Walde gespielt, und abends um 7 Uhr wird nach abermaliger Speisung der Rückweg gemeinschaftlich angetreten. Karten à 6 Mk. pro Kind sind in der Rechtsauskunftsstelle, Barabe 1, erhältlich.

Die Unterzeichner wenden sich an den so oft bemühten Wohltätigkeitsfuss unserer Mitbürger mit der herzlichen Bitte, durch Gewährung von Freitagen schwächlichen Kindern es zu ermöglichen, durch einen Ferienaufenthalt in unsern Wäldern an Körper und Geist zu erstarren; auch nehmen sie jede kleinste Gabe für diesen Zweck dankbar an. Quittung erfolgt durch die Tagesblätter.

Der Vorstand der Milchkolonie.

Dr. Fr. Eschenburg, Frau Landrichter Dr. Linau, Hauptlehrer Pechmann, Fräulein M. Kösing, Frau Senator Dr. Stoss, Dr. Wex.

Die Oberlehrerbehörde unterstützt diesen Aufruf auf das Warmste.

Senator Dr. Eschenburg, Senator Dr. Vermeiren, Direktor Hoffmann, derzeitiger Vertreter des Schulrats.

**Erdbeeren, Pfd. 40 und 50 Pfg.  
Große Herzfirschen Pfd. 30 Pfg.  
Kartoffeln, 2 Pfd. 25 Pf., 100 Pfd. 11 Mk.  
Blumen-, Spitz- und Wirsingfohl,  
Gurken u. v. m. billigst.**

**Karl Voss, Holstenstr. 6.**

**Geräucherte Wurst**

tabellos im Geschmack, empfiehlt

**Th. Storm, Königstraße 98. Telephon 473.**

Wir empfehlen folgende Schriften:

- Polltischer Massenstreik . . . . . 20 Pfg.
- Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat . . . . . 10 Pfg.
- Kommunale Schulpolitik . . . . . 50 Pfg.
- Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen . . . . . 30 Pfg.
- Was hat der Vater seinem 18jährigen Sohn zu sagen . . . . . 20 Pfg.
- Wie schütze ich mich als Soldat vor Misshandlungen . . . . . 50 Pfg.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

**Holländischen und Schweizer Käse**

empfehlen in ganz vorzüglicher Qualität

**Th. Storm, Königstraße 98. Telephon 473.**

Empfehle bis auf weiteres aus eigener Schlachtung eine größere Partie

**Flohnien extra dick und kernig,**

das Pfund nur 60 Pfg.

Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik  
August Scheere.

Detail-Geschäfte:

Holstenstraße 19, Breitestraße 44,  
Mühlenstraße 20, Geberdesstraße 13.

**Oeffentliche**

**Volks-Versammlung**

am Freitag, den 28. Juni 1907,

abends 8 1/2 Uhr

im Lokale „FLORA“, Nebenhofstr.

Tages-Ordnung:

**Arbeiterbewegung u. Konsumgenossenschaften.**

Referent: Herr H. Adam-Kiel,

Geschäftsführer des Allgemeinen Konsumvereins für Kiel und Umgegend.

**Für Schwartau, Rensefeld u. Umg.**

findet am Sonnabend, den 29. Juni 1907,

abends 8 1/2 Uhr

im Gasthof „Transvaal“ eine

**Mitglieder-Versammlung**

des „Konsumvereins für Lübeck und Umgegend“ statt.

Tages-Ordnung:

**Der Wert und die Aufgaben der Konsumgenossenschaften.**

Referent: Herr H. Adam-Kiel.

Zu dieser Versammlung sind sowohl Mitglieder und deren Frauen, wie auch Nichtmitglieder, die sich für die Konsumvereinsbewegung interessieren, herzlich eingeladen.

Um zahlreichen Besuch aller, denen eine Bewegung, wie die Konsumgenossenschaftsbewegung, nicht gleichgültig ist, bittet

Der Vorstand des Konsumvereins für Lübeck und Umg.



**Arbeiter-  
Radfahrer-  
Verein  
LÜBECK.**

Bei der am 24. Juni gezogenen Tombola sind folgende Losnummern mit Gewinnen gezogen:

53	71	78	135	204	206	271
278	332	350	357	405	436	440
462	511	525	539	578	615	620
674	679	681	734	750	772	774
795	812	893	914	917	943	948
954	959	985	987	1000	1001	1010
1058	1096	1101	1103	1113	1115	1126
1149	1162	1187	1202	1248	1263	1266
1267	1313	1336	1369	1372	1377	1394
1403	1409	1414	1433	1490	1497	1505
1513	1522	1576	1593	1608	1609	1647
1679	1686	1702	1756	1757	1769	1785
1821	1827	1837	1838	1846	1855	1876
1882	1904	1911	1939	1942	1958	1974
2025	2067	2072	2077	2095	2096	2110
2141	2152	2195	2218	2223	2231	2249
2257	2274	2283	2297	2304	2307	2331
2339	2341	2346	2352	2369	2375	2395
2398	2463	2466	2503	2519	2546	2549
2555	2592	2635	2643	2647	2648	2675
2684	2686	2709	2713	2721	2733	2737
2740	2745	2781	2811	2819	2848	2896
2901	2921	2922	2925	2933	2945	2947
2949	2995	3073	3077	3082	3137	3213
3232	3236	3244	3312	3316	3332	3349
3355	3377	3379	3402	3411	3435	3440
3488	3506	3530	3538	3542	3551	3556
3558	3595	3604	3614	3629	3635	3655
3661	3671	3697	3771	3800	3814	3820
3840	3841	3860	3879	3888	3890	3942
3950	3966	3974	4027	4031	4060	4061
4133	4204	4218	4291	4412	4423	4505
4510	4623	4631	4759	4789	4906	5003
5014	5015	5045	5048	5069	5138	5164
5165	5242	5247	5262	5269	5270	5291
5301	5307	5321	5352	5364	5374	5384
5385	5421	5431	5447	5469	5486	5504
5509	5510	5525	5548	5562	5563	5566
5580	5586	5589	5610	5611	5629	5632
5665	5702	5752	5753	5755	5761	5769
5781	5787	5806	5865	5867	5885	5900
5906	5918	5964				

Die Gewinne werden Dienstag, den 25. und Mittwoch, den 26. d. Mts., von 8 bis 10 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52 verabfolgt; später Hundestraße Nr. 70 bei J. C. H. A. b. t. Gewinne, welche bis zum 1. August nicht abgeholt sind, verfallen der Vereinstasse.

Der Vorstand

**Deutscher  
Metallarbeiterverband**  
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

**Mitglieder-  
Versammlung**

am Mittwoch, den 26. d.,  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des ersten Bevollmächtigten.
2. Wahl von Vertrauensmännern.
3. Besprechung der Sommervergütungen.
4. Verschiedenes.

**Gesangverein der Zimmerer.**

Sterbefalls halber Mittwoch abend Gesangsabend.

Der Obmann.

**Wilhelm-Theater.**

Mittwoch: 38. Abonnements-Vorstellung.  
Gastspiel Hofschauspieler G. Wahlberg.  
Einmalige Wiederholung.

**Die Hochzeitsreise.  
Flachsmann als Erzieher**

Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag: Gastspiel G. Wahlberg.

Rosmersholm.

**Stadthallen-Theater.**

Direktion: Ludwig Piorkowski.  
Mittwoch, 26. Juni, Anfang 8 Uhr:  
11. Abonnements-Vorstellung.

2. Gastspiel

**Max Schütz**

vom Deutschen Theater in Berlin.

**Um Nichts.**

Familiendrama in 4 Akten von Langenscheidt

Donnerstag, 27. Juni, Anfang 8 Uhr:

**Das Glück im Winkel.**

Gartenkonzert.

Billetvorverkauf bei F. W. Kaibel und Otto Borchert, Breitestraße, sowie an der Theaterkasse.

Duzendbillets für alle Plätze gültig, täglich an der Theaterkasse zu haben.







